

Israel

# Israels Politik der Zurückweisung

Der Nahostkonflikt gehört zu den ältesten Regionalkonflikten in den internationalen Beziehungen.

Er ist ein Dauerbrenner, der in Intervallen immer wieder die Schlagzeilen der Medien dominiert.

Von **Ludwig Watzal**

Durch die Debatte um den endlosen Nahostkonflikt mit einem in Endlosschleife kreisenden sogenannten Friedensprozess sind einige zentrale Fakten des Konfliktes in Vergessenheit geraten, über die gar nicht mehr gesprochen wird. Bei der Westbank, dem Gaza-Streifen, den Golan-Höhen und Ost Jerusalem handelt es sich um besetzte palästinensische Gebiete und nicht um Gebiete, auf die beide Völker ein gleiches Anrecht haben. Dass dieses Land angeblich Abraham von Gott verheißen worden ist, hat die Palästinenser nicht zu interessieren, da es nicht ihr Gott ist und angebliche religiöse Rechtstitel spätestens seit der Französischen Revolution für die zwischenstaatlichen Beziehungen irrelevant sind. Nach Völkerrecht ist es nicht gestattet, die eigene Bevölkerung in besetztes Gebiet zu transferieren. Ebenso sind alle Siedlerkolonien völkerrechtswidrig, also illegal. Die Mauer und der Zaun sind nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom 11. Juli 2004 illegal.<sup>1</sup> Alle Maßnahmen wie Abriegelung und Blockade, Reisebeschränkungen, Häuserzerstörungen, Landenteignung, Straßensperren, Administrativhaft, Misshandlung von Gefangenen, Ausbeutung der Wasserressourcen u. v. m. verstoßen gegen Völkerrecht und stellen gravierende Menschenrechtsverletzungen dar.

Jede israelische Regierung von David Ben-Gurion bis Benjamin Netanyahu war und ist absolut gegen eine Eigenstaatlichkeit Palästinas, weil damit ihr Traum von Groß-Israel vom Mittelmeer bis zum Jordan ausgeträumt wäre. Auch die führenden zionistischen Politiker in der vorstaatlichen Phase (Yishuv) lehnten eine solche ab. Seit der Staatsgründung Israels 1948 haben die diversen israelischen Regierungen alles getan, um jede noch so aussichtsreiche Friedensinitiative der Palästinenser oder der Araber zu torpedieren. Selbst gegenüber dem zahmen Präsident Mahmoud Abbas und seiner Mannschaft hat die israelische Regierung eine Lösung des Konfliktes kategorisch abgelehnt, wie die veröffentlichten »Palestine papers« zeigen. Sie haben sich sogar von den USA und Israel gegen ihr eigenes Volk instrumentalisiert, indem sie die bisher einzige demokratisch legitimierte Regierung gestürzt und im Gaza-Streifen einen Bürgerkrieg vom Zaun gebrochen haben, der aber für die Fatah mit einer Niederlage endete.

Hatte Ministerpräsident Ariel Sharon schon Abbas demonstriert, indem er ihn mit einem gerupften Huhn verglich, so setzt der Außenminister der Netanyahu-Regierung, Avigdor Lieberman, dieses Spielchen fort. Am 25. Oktober zitierte Ynet News den Außenminister mit den Worten: »Abbas ist

ein Hindernis für den Frieden.«<sup>2</sup> Seine Rücktrittsdrohungen seien laut Lieberman keine Bedrohung, sondern ein Segen. Denn er konzentriere sich nicht auf Frieden, sondern verfolge seine persönliche Agenda und arbeite an einem positiven Geschichtsbild. »Abbas ist der schlimmste Führer, mit dem es Israel je zu tun hatte.« Jeder, der ihm nachfolge, sei besser als er. Sollten die Palästinenser in der Westbank einen »Staat« erhalten, malte Lieberman den Beschuss israelischer Städte mit Katjuscha-Raketen an die Wand. Die Palästinenser könnten noch nicht einmal ordentliche Wahlen abhalten, geschweige denn einen Staat führen. Abbas Rede vor der UN bezeichnete er als »antisemitisch«.

Dass Abbas kein Partner für den Frieden sein soll, ist relativ neu. Dieses Label hatten vorher bereits Ehud Barak und Ariel Sharon Yassir Arafat verpasst, um ihre eigene Friedensunfähigkeit und Friedensunwilligkeit zu kaschieren. Arafat sei ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden und müsse weg, so Sharon. Es ist ein durchgängiges Verhaltensmuster israelischer Regierungen, die Friedensunwilligkeit immer nur auf der arabisch-palästinensischen Seite auszumachen. Diese Form der Schuldzuweisung und die Betonung der eigenen Opferrolle hat innerhalb der politischen Klasse Israels eine lange Tradition. Die Behauptung »Die ganze Welt ist gegen uns« hat gravierende Auswirkungen auf das Verhalten der Führung des Landes. Die Politik der Zurückweisung und der Gewalt wurde bereits 1923 grundgelegt.

## Eine eiserne Wand

Kein geringerer als Vladimir (Zeev) Jabotinsky hat in seinem Essay »On the Iron Wall (We and the Arabs)«<sup>3</sup> aus dem Jahre 1923 bereits die Verantwortung für das Handeln oder die Reaktionen der Araber auf zionistisches Unrecht den Arabern aufgebürdet, gleichgültig welche brutalen Maßnahmen die zionistische Seite ihnen auch zugemutet hat und bis heute zumutet. Darin stellte er sich die Frage, ob man immer politische Ziele durch friedliche Mittel erreichen könne. Die Antwort auf diese Frage hänge von der Haltung der Araber gegenüber dem Zionismus ab und nicht von der Haltung der Zionisten gegenüber den Arabern. Und kategorisch stellte er fest: »Eine freiwillige Vereinbarung zwischen uns und den Arabern Palästinas ist unvorstellbar, jetzt oder in absehbarer Zukunft.« Für ihn war klar, dass die Araber solange der fremden Besiedelung Palästinas Widerstand entgegenbringen würden,

<sup>1</sup> Vgl. Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom 11.7.2004, [www.icj-cij.org/docket/files/131/1671.pdf](http://www.icj-cij.org/docket/files/131/1671.pdf)

<sup>2</sup> Lieberman: »Abbas is an Obstacle to Peace«, in: [www.imemc.org/article/62352](http://www.imemc.org/article/62352)

<sup>3</sup> Vgl. Vladimir (Zeev) Jabotinsky, »On the Iron Wall (We and the Arabs) 1923«, in: [www.marxists.de/middleeast/ironwall/ironwall.htm#top](http://www.marxists.de/middleeast/ironwall/ironwall.htm#top)

solange es für sie noch einen »Hoffnungsschimmer« gebe, zu verhindern, dass aus Palästina »Eretz Israel« werde. Folglich könne das Siedlungsprojekt nur unter Anwendung von Gewalt fortgesetzt werden, die unabhängig von der lokalen Bevölkerung ist, und zwar »hinter einer Eisernen Wand«, die von der Bevölkerung nicht gebrochen werden könne. Unter »Iron Wall« verstand Jabotinsky militärische Macht, die nicht beeinflussbar von arabischem Druck ist. Die ständige Wiederholung der zionistischen Bereitschaft zu Verhandlungen mit den Arabern betrachtete er nicht nur als »heuchlerisch«, sondern auch als »schädlich«. Er sah es als seine »heiligste Pflicht« an, diese Heuchelei offenzulegen. Für Jabotinsky war der »Iron Wall« kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, um den Widerstand der Araber gegen den Vormarsch des Zionismus zu brechen.

In dieser etwas verkürzten Darstellung der Grundlagen des revisionistischen Zionismus wird deutlich, wie stark dieser das Verhalten der gesamten israelischen politischen Klasse bis heute bestimmt. Der allseits bewunderte erste Ministerpräsident Israels, David Ben-Gurion, war gegenüber den Arabern absolut kompromisslos. Sein Nachfolger Moshe Sharett wäre bereit gewesen, sich mit den Arabern zu einigen, aber Ben-Gurion, Moshe Dayan, Yigal Allon u. a. hintertrieben jegliche Friedensinitiative oder stellten ihn vor vollendete Tatsachen. Als Ben-Gurion Sharett aus dem Amt gedrängt hatte, startete er 1956 zusammen mit den Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien einen Krieg gegen Nassers Ägypten mit dem Ziel, diesen zu stürzen. Nachdem Israel die komplette Sinai-Halbinsel erobert hatte, sprach Ben-Gurion vom »Königreich Israel« mit den biblischen Grenzen. Dieses Königreich dauerte aber ganze vier Tage. Konkret vermied Ben-Gurion jegliche Festlegung, was den Grenzverlauf des Landes betraf. Dies ist bis heute so. Kein israelischer Politiker kann sagen, wo genau die Grenzen des Staates verlaufen. Die Indifferenz in Sachen Grenzverlauf kann als ein Euphemismus für weitere koloniale Eroberungen angesehen werden. Obgleich Nasser Israel mehrere Friedensangebote unterbreitet hatte, stellte ihn die zionistische Führung unter Ben-Gurion als »Feind Israels« dar.<sup>4</sup>

Nach dem Sechstagekrieg, der für Israel eine messianische Dimension besaß, befürwortete der damalige Likud-Oppositionsführer Menachem Begin die unverzügliche Annexion der Westbank, was die Regierung unter der Führung der Arbeitspartei aus polit-demographischen Gründen ablehnte. Nichtsdestotrotz begann die Regierung unter Führung der Arbeitspartei unverzüglich mit der Besiedelung der besetzten palästinensischen Gebiete. Grundlage dafür war der Allon-Plan, der bis heute Richtschnur und Blaupause für die Expansion Israels darstellt. 1967 sprach Außenminister Abba Eban von »Auschwitz-Grenzen«, wenn er die Waffenstillstandslinie meinte, auf die sich Israel nicht mehr zurückziehen könne. Und Verteidigungsminister Moshe Dayan wartete angeblich vergebens auf einen Anruf aus den arabischen Hauptstädten, um über eine Rückgabe der besetzten Gebiete zu verhandeln. Diese Haltung konnte die israelische Politik der Zurückweisung nur oberflächlich kaschieren.

Die darauffolgenden Jahre waren gekennzeichnet durch die Strategie des bewaffneten Kampfes der verschiedenen palästinensischen Gruppen, die sich unter dem Dach der PLO

vereinigt hatten. Die Arabische Liga beschloss 1967 in Khartum ihre drei Nein – nein zur Anerkennung, nein zu Verhandlungen und nein zur Aussöhnung mit Israel. Erst nach dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 kam wieder Bewegung in den Nahostkonflikt. 1976 wurde Jimmy Carter zum US-Präsidenten gewählt. Ihm gelang mit dem Vertrag von Camp David 1979, was niemand erwartet hatte: der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten. Dieser wurde aber erst durch den Besuch Präsident Anwar al-Sadat in Jerusalem 1978 ermöglicht. Dieser Friedensvertrag führte nicht nur zum Ausschluss Ägyptens aus der Arabischen Liga, sondern auch zur Ermordung Sadats im Jahre 1981.

Scheint es auf den ersten Blick so, als habe Israel in diesem Fall eine kompromissbereite Politik betrieben, so waren dafür wohl in erster Linie taktische Gründe ausschlaggebend, weil mit Ägypten die stärkste arabische Macht politisch neutralisiert worden ist. Begin blieb aber gegenüber den Palästinensern weiterhin kompromisslos. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrages trieb er die Kolonisierung der Westbank schneller voran als zuvor.

### Die 1990er Jahre

Bewegung in den Nahostkonflikt kam erst wieder in den 1990er Jahren. Ohne den Zusammenbruch der Sowjetunion und den Krieg der USA gegen Saddam Hussein, der Kuwait überfallen hatte, wäre es nicht zu der Friedenskonferenz von Madrid im Oktober/November 1991 gekommen, an der alle Konfliktparteien des Nahen Ostens teilgenommen haben – die Palästinenser allerdings nur als Annex der Jordanischen Delegation; sie wurden aber würdig durch den Arzt Dr. Haidar Abdel Shafi vertreten, der eine große Rede hielt, ganz im Gegensatz zu Yitzhak Shamir, der quasi von den USA zu dieser Konferenz »geprügelt« werden musste.

Von 1991 bis 1993 fanden fruchtlose Verhandlungen der verschiedenen Delegationen in Washington statt. Nachdem Yitzhak Rabin 1992 Yitzhak Shamir in Wahlen besiegt hatte, erklärte dieser, dass er mit den Palästinensern noch weitere zehn Jahre verhandelt hätte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Parallel dazu fanden Geheimverhandlungen zwischen Israelis und Palästinenser in Oslo statt, die im September 1993 zur Überraschung aller in einer »Prinzipienerklärung« mündeten. Dieser Osloer-Friedensprozess entpuppte sich für die Palästinenser jedoch als eine weitere Katastrophe. Dieses Vertragswerk führte zu dem Desaster, in dem sich Abbas und seine Mannschaft heute befinden.

Der Autor des vorliegenden Textes hat bereits 1994 die These vertreten, dass dieser Friedensprozess zu palästinensischen Bantustans führen und Arafat Israels Polizeichef in Gaza und den autonomen Enklaven in der Westbank werde.<sup>5</sup> Genau diese Rolle war ihm von Israel von Beginn an zgedacht worden. Yitzhak Rabin, der damalige israelische Ministerpräsident, sagte sinngemäß, dass die Palästinenser die Drecksarbeit der israelischen Besatzungsarmee übernehmen werden, aber ohne der Kritik der Menschenrechtsorganisation B'tselem ausgesetzt zu sein. Eine antikoniale Befreiungsbewegung wie die PLO, ließ sich zum Subunternehmer der Kolonialmacht gegen ihr eigenes Volk machen. Dies war in der Tat ein einmaliger historischer Vorgang. Rabin hat nie von einem palästinensischen Staat gesprochen, sondern nur von

<sup>4</sup> Vgl. nicht nur zur Politik des Zurückweisens Ben-Gurions, sondern zu dieser Verhaltensweise aller israelischer Regierung: Zalman Amit/Daphna Levit, *Israeli Rejectionism*, London 2011. Vgl. auch die Besprechung des Buches: <http://between-the-lines-ludwig-watzal.blogspot.com/2011/09/israeli-rejectionism.html>

<sup>5</sup> Vgl. Ludwig Watzal, *Frieden ohne Gerechtigkeit?*, Köln 1994: Einleitung [www.watzal.com/f\\_fog.html](http://www.watzal.com/f_fog.html)

autonomen Gebieten, die umgeben von Israel sein werden. Wenn die Palästinenser dies »Staat« nennen wollten, könnten sie dies tun.

Als kurz nach der Ermordung Rabins (November 1995) Shimon Peres von Benjamin Netanyahu im Mai 1996 in Wahlen besiegt worden ist, gab es nur geringe »Fortschritte« im Friedensprozess, sodass Ehud Baraks Wahlsieg 1999 einhellig begrüßt worden ist. Barak erwies sich jedoch als ein wenig glücklicher Ministerpräsident. Er agierte sprunghaft und ließ Arafat lange zappeln, weil er zuerst versuchte, einen Ausgleich mit dem syrischen Präsidenten Hafez al-Assad zu erreichen. Als sich dies als zu schwierig erwies, wandte er sich wieder Arafat zu. Baraks Sprunghaftigkeit zeigte sich auch in dem Hals über Kopf durchgeführten Rückzug aus der so genannten Sicherheitszone in Südlibanon im Mai 2000.

Ebenso unüberlegt und unvorbereitet drängte Barak US-Präsident Bill Clinton im Juli 2000 zu Verhandlungen in Camp David, um eine Einigung mit Arafat zu erreichen. Dieses zweiwöchige Gipfeltreffen scheiterte, weil Arafat nicht bereit war, ein völlig dubioses »Abkommen« zu unterzeichnen. In zwei Wochen trafen sich Arafat und Barak nur einmal, und zwar zu einem zweistündigen Mittagessen, obgleich sie Tür an Tür wohnten. Barak hatte für Camp David kein Mandat, da er einer Minderheitsregierung vorstand.

Das Scheitern dieser Camp David-Verhandlungen wurde von Barak und Clinton einseitig Arafat angelastet, obgleich Barak und Clinton für das Scheitern verantwortlich waren. Sie wollten Arafat ein Oktroi in Form eines zweifelhaften Abkommens abpressen, was Arafat zu Recht abgelehnt hat. Barak und seine Berater lancierten die Legende vom »großzügigsten« Angebot, das Israel jemals den Palästinensern gemacht habe. Bei genauerem Hinsehen entpuppte es sich als ein Propagandacoup.<sup>6</sup> Diese Legende führte dazu, dass sich die so genannte zionistische Linke enttäuscht von Arafat abwandte. Barak setzte die Mär in die Welt, dass Israel keinen Partner für Frieden habe. Es sei noch erwähnt, dass Barak als damaliger Innenminister Rabins gegen die Oslo-Verträge im Kabinett gestimmt hat.

Baraks »Leistungen« als Ministerpräsident waren die Zerstörung der zionistischen israelischen Linken und der Reste des sogenannten Friedensprozesses. Seine Rolle in Camp David war rein destruktiv. Er ließ Arafat, Clinton und die israelische Öffentlichkeit über seine wirklichen politischen Absichten im Dunkeln, um seine Politik der Verweigerung nicht offen eingestehen zu müssen.<sup>7</sup> Als Ariel Sharon Barak ablöste, wurde das, was von Arafats Autonomiebehörde übrig war, systematisch in seine Einzelteile zerlegt. Sharons Besuch auf dem Haram al-Sharif im September 2000 in Begleitung von tausend Polizisten war der Startschuss für die zweite Intifada.

### »Krieg gegen den Terror« auch in Palästina?

Im Januar 2001 trat auch George W. Bush als neugewählter US-Präsident sein Amt an. Die Anschläge vom 11. September 2001 veränderten die Lage nicht nur im Nahen und Mittleren Osten fundamental. Sharon, der für Arafat nur Verachtung übrig hatte, nutzte die Gunst der Stunde. Arafat mutierte zu seinem Osama Bin Laden. In die Amtszeit von Sharon fielen zahlreiche Terroranschläge palästinensischer Gruppen, was die

Sharon-Regierung zum Anlass nahm, mit brutaler Härte gegen Arafat vorzugehen. Er wurde persönlich dafür verantwortlich gemacht, und seine Autonomiebehörde wurde sprichwörtlich auseinandergenommen, alle Ministerien verwüstet, das Flüchtlingslager Jenin großteils dem Erdboden gleichgemacht und Arafats Regierungssitz zusammengeschoßen, sodass dem Präsidenten Palästinas nur noch wenige Räume zur Verfügung standen. 2004 wurde Arafat todkrank nach Paris ausgeflogen, wo er verstarb.

Ging Arafat unter Präsident Clinton im Weißen Haus quasi noch ein und aus, so vermied es Bush, ihn überhaupt zu treffen. Sharon war einer seiner bevorzugten Gesprächspartner, stimmten beide doch im Kampf gegen den islamischen Terrorismus, so wie sie ihn verstanden, völlig überein. Bush stellte im Juni 2002 in einer Rede die so genannte Road Map, einen Fahrplan zum Frieden im Nahen Osten vor. Ein Quartett, bestehend aus USA, Russland, EU und UNO, sollte die Road Map voranbringen und überwachen. Dieses Vorhaben brachte wie alle anderen Friedenspläne immer nur Nachteile für die Palästinenser, weil Israel weiter das Land ungehindert kolonisieren konnte. Erschwerend kam hinzu, dass mit dem ehemaligen britische Premierminister Tony Blair, ein Mann zum Nahostbeauftragten dieses Quartetts ernannt worden ist, der pro-israelisch eingestellt ist und zumeist die Positionen der USA unterstützt. Wie »erfolgreich« dieser Friedensprozess war, zeigen folgende Zahlen: Waren es zu Beginn dieses Prozesses im Jahre 1993 200.000 Siedler, so sind es heute 500.000 in der Westbank und Ostjerusalem.

Im März 2002 stellte Saudi-Arabien seinen Friedensplan vor. Er beinhaltete den Rückzug Israels auf die Grenzen vor dem Sechstagekrieg im Austausch für einen umfassenden Frieden und die diplomatische Anerkennung Israels durch die arabische Welt. Israel ignorierte den Plan völlig, ebenso die USA. Nach dem Tode Arafats übernahm Mahmoud Abbas das Amt des Präsidenten; auch ihn demontierte Sharon. Außenminister Peres durfte zwar mit Abbas Gespräche führen, die aber zu nichts führten. Aufgrund demographischer Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur in Israel/Palästina zu Ungunsten Israels entschied sich Sharon zum Rückzug aus dem Gaza-Streifen und zur Räumung der Siedlungen. Zirka 8.000 israelische Siedler wurden unter laufenden Kameras zum Teil zwangsevakuiert. Diese Aktion war eine unilaterale Aktion Israels ohne Beteiligung der Autonomiebehörde. Gegen den Rückzug formierte sich im Likud erheblicher Widerstand, sodass Sharon sich entschied, die Partei zu verlassen, um mit Kadima eine neue politische Formation zu gründen.

Im Januar 2006 gab es die ersten freien und demokratischen Wahlen in Palästina, aus denen zur Überraschung aller Beobachter die Hamas, die Bewegung des islamischen Widerstandes, mit absoluter Mehrheit als Sieger hervorgegangen ist. Erstmals wurde in einem Land der arabischen Welt eine korrupte Elite von der Macht abgewählt. Israel und die USA, gefolgt von der EU, erkannten den Wahlsieg der Hamas nicht an. Sie boykottierten die Hamas-Regierung und setzten Präsident Abbas unter Druck, die Regierung abzusetzen. Hamas hatte trotz absoluter Mehrheit der Fatah von Abbas die Beteiligung an einer Regierung der nationalen Einheit angeboten, was diese aber abgelehnt hat. Auf Druck der USA und Israels setzte im Juni 2007 Abbas Salam Fayyad auf Grund einer »nationalen Notlage« als Ministerpräsident anstelle von Ismail Haniyeh ein.

Im Juni 2007 versuchte der Statthalter der Fatah im Gaza-

<sup>6</sup> Vgl. Ders., *Der Mythos von Camp David*, in *Neue Zürcher Zeitung* vom 22.6.2002, [www.watzal.com/NZZ\\_Mythos\\_von\\_Camp\\_David.pdf](http://www.watzal.com/NZZ_Mythos_von_Camp_David.pdf)

<sup>7</sup> Vgl. dazu (Anm. 11).

Streifen, Mohammed Dahlan, die Hamas militärisch zu besiegen. Dahlan arbeitete auf das Engste mit Israel und den USA zusammen.<sup>8</sup> Dieser Fatah-Putsch ging aber nach hinten los. Dahlans Fatah-Kämpfer wurden besiegt und mussten aus dem Gaza-Streifen über Israel ins Westjordanland fliehen. Seither kontrolliert und regiert Hamas den Strip gegen eine totale Blockade Israels.

Die Olmert-Regierung überfiel mit Billigung von George W. Bush kurz vor Weihnachten 2008 den Gaza-Streifen und richtete in 22 Tagen ein regelrechtes Massaker unter der Zivilbevölkerung an. Bei diesem Überfall, für den der Beschuss Israels mit selbstgefertigten Kassam-Raketen als Rechtfertigung diente, obgleich Israel diesen im November 2008 durch die Tötung von vier Hamas-Aktivisten provoziert hatte, wurden zirka 1.400 Palästinenser getötet, mehrheitlich Frauen und Kinder. Israel verlor 14 Soldaten, vier davon durch eigenen Beschuss (»friendly fire«). Der südafrikanische Richter Richard Goldstone hat dieses Massaker in einem Bericht, der inoffiziell seinen Namen trägt, überzeugend dargelegt.<sup>9</sup>

Trotz dieses zweifelhaften »Erfolges« verlor Ehud Olmert die Wahlen im Februar 2009 gegen Netanyahu. Dieser bildete eine rechtsnationalistische Regierung mit dem rechtsradikalen Außenminister Avigdor Lieberman, der der sogenannten Russenpartei »Israel Beiteinu« (Israel ist unser Heim) vorsitzt. Fast zeitgleich mit Netanyahu kam der neue US-Präsident Barack Hussein Obama ins Amt. An diesen als »Lichtgestalt« verehrten ersten nicht-weißen US-Präsidenten wurden große Erwartungen geknüpft, die er im Wahlkampf geweckt hatte. Insbesondere die muslimische Welt erwartete eine Verbesserung der Beziehungen. Bisher hat Obama alle Erwartungen und Hoffnungen, die in ihn gesetzt worden sind, enttäuscht.

Seine Vorstöße in Sachen Nahostkonflikt scheiterten alle kläglich, dank Netanyahu und der »Israelloobby« in den USA. Sein Nahostbeauftragter George Mitchell warf vor einigen Monaten entnervt das Handtuch. Die Netanyahu-Regierung war nicht bereit, einen vorübergehend verhängten Baustopp illegaler Siedlungen zu verlängern. Netanyahu brüskierte nicht nur Vize-Präsident Joe Biden bei seinem Besuch in Jerusalem, der ein Freund Israels ist, und gesagt hat »Good, to be at home« als er in Israel landete, sondern auch Obama direkt in den USA. Netanyahus Rede vor beiden Häusern des US-Kongresses geriet zu einem nie dagewesenen Triumph eines fremden Regierungschefs über den eigenen Präsidenten. Mindestens 29 Mal sprangen die Abgeordneten während der reaktionären Rede Netanyahus von ihren Stühlen auf und spendeten wie unter Hypnose tosenden Applaus. Solange wie die realpolitischen Machtverhältnisse so sind, wie sie sich im Verhältnis Israels zu den USA darstellen, wird sich im Nahen Osten nichts zum Positiven ändern.

Die israelische Politik des Zurückweisens wurde durch die Veröffentlichung der so genannten »Palestine papers« wieder eindeutig dokumentiert. Außenministerin Tzipi Livni, eine vermeintliche moderate Politikerin, lehnte selbst die weitestgehenden Konzessionen der Palästinenser als noch nicht weitgehend genug ab, sodass sich der palästinensische Verhandlungsführer Saeb Erekat bemüßigt sah zu erklären: »Das einzige, was ich nicht kann, ist zum Zionismus zu konvertieren.« Darüber hinaus zeigen diese Dokumente, dass

die Kooperation zwischen Besatzer und Besetzten sowie ihrer Schutzmacht den USA so eng ist, dass man schon von »Kollaboration« sprechen könnte. Mit den Worten des israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery könnte man sagen: »Israel fürchtet nicht den Krieg, sondern den Frieden.«

Auch der kürzlich stattgefundenen Gefangenen austausch stellt keine positive Geste Israels gegenüber den Palästinensern dar. Er eröffnet auch kein Zeitfenster für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses. Mit dem Gefangenen austausch zielte Israel gegen Abbas ab und stärkte damit die Hamas. Mit dem Austausch wollte man den Gang Abbas zur UNO und den Antrag, Palästina als 194. Staat in die Vereinten Nationen aufzunehmen, konterkarieren und Abbas bestrafen. Diese politische Maßnahme hat die israelische politische Klasse in helle Aufregung versetzt und gegen Abbas aufgebracht. Israel und die USA versuchen weiterhin alles, um diesen Antrag im Sicherheitsrat zu Fall zu bringen. Einige Mitglieder werden bestochen und politisch massiv unter Druck gesetzt, damit die neun Ja-Stimmen nicht zustande kommen und die USA kein Veto einlegen müssen. Ebenso ablehnend verhalten sich die USA und Israel bei der UNESCO, die mit großer Mehrheit (107 Ja-Stimmen) die Aufnahme Palästinas beschlossen hat. Umgehend haben die USA ihr Beitragszahlungen (22 Prozent) eingestellt.

### Fazit und Ausblick

Das Bonmot Abba Ebans, dass die Araber keine Gelegenheit auslassen, um eine Gelegenheit auszulassen, trifft eher auf die israelische Politik der Zurückweisung zu. Der US-Völkerrechtler Francis Boyle, Professor an der Universität von Illinois in Champaign, rät in seinem jüngsten Buch »The Palestinian Right of Return under International Law« den Palästinensern, kein Dokument mehr zu unterzeichnen, gleichgültig was darin stehe. »Sign nothing and let Israel collapse in Palestine! That is the ultimate solution for fulfilling the Palestinian Right of Return under International Law.«<sup>10</sup>

Der Palästina-Konflikt kann nur durch ein Ende der Besatzung, der Rückgabe der besetzten Gebiete an ihre ursprünglichen Besitzer, der Rücküberführung der Siedler ins Kernland Israel, der Rückkehr der Flüchtlinge und die Umsetzung des Völkerrechts als Richtschnur für einen dauerhaften Frieden gelöst werden. ☸

---

Dr. Ludwig Watzal arbeitet als Redakteur und Journalist in Bonn.

Er ist erreichbar unter: [www.watzal.com](http://www.watzal.com)

<sup>8</sup> Vgl. David Rose, *The Gaza Bombshell*, in: *Vanity Fair*, April 2008, [www.vanityfair.com/politics/features/2008/04/gaza200804](http://www.vanityfair.com/politics/features/2008/04/gaza200804)

<sup>9</sup> Vgl. UN-Bericht über den Gaza-Konflikt (Goldstone-Bericht), Neu-Isenburg 2010. <http://between-the-lines-ludwig-watzal.blogspot.com/2010/04/der-goldstone-bericht.html>

<sup>10</sup> Francis A. Boyle, *The Palestinian Right of Return under International Law*, Atlanta 2011, S. 17: <http://between-the-lines-ludwig-watzal.blogspot.com/2011/11/palestinian-right-of-return.html>